



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/298 - 23.12.53

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Kanzler und die Wiedervereinigung	S. 1
Belgien vor Neuwahlen	S. 3
Weihnachten in der Sowjetzone	S. 5
Wettbewerb der Karikaturisten	S. 7

Überrumpelungsversuche

(sp) Unmittelbar vor den Weihnachtstagen und der damit verbundenen politischen Ruhepause hat die Bundesregierung einen neuen massiven Versuch unternommen, in der Frage der deutschen Wiedervereinigung für ein höchst bedenkliches Verfahren Stimmung zu machen. In seiner letzten Konsequenz dürfte es von wahrhaft tragischen Folgen für die deutsche Zukunft sein, denn es läuft in der Wirkung darauf hinaus, diese Wiedervereinigung dadurch zu verzögern, daß einer kommenden Nationalversammlung die unerläßlichen Voraussetzungen für ihre praktische Arbeit in der Gesetzgebung und in der Exekutive verweigert werden.

Für die Bundesregierung hat der Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Professor Greve, vor der Presse u.a. erklärt, daß man nach gesamtdeutschen freien Wahlen eine Auflösung der Volkskammer und Neuwahlen in der Sowjetzone für erforderlich halte. Zusammen mit der aus diesem neuen Parlament hervorgegangenen Regierung könne dann die Bundesregierung den Weg für den Aufbau einer neuen Gesamtgewalt finden. Es solle in das Ermessen beider Regierungen gestellt sein, ob und wie weit gesetzgebende und exekutive Befugnisse einer gesamtdeutschen Regierung übertragen werden

sollen. Das ist die vollkommene Entmachtung einer künftigen deutschen Nationalversammlung, der nichts vorbehalten bleiben soll als der akademische Auftrag, sozusagen im luftleeren Raum eine neue Verfassung auszuarbeiten.

Als die ersten Vorstellungen dieser Art vom Kanzler selbst mitgeteilt wurden, veranlaßte eine starke Strömung dagegen etwas später einen Sprecher der Regierung, davon als von unverbindlichen Ideen zu sprechen, die sich noch im Stadium der Erwägung befänden. Jetzt muß nach den Worten Professor Groves angenommen werden, daß diese Absichten ein festumrissenes Konzept darstellen, das den westalliierten Experten in Paris überreicht wurde und sie, wenn möglich, darauf festlegen soll.

Der Beauftragte des Bundeskanzlers hat sich bei dieser Gelegenheit unter Hinweis auf die bekannten Beschlüsse des ersten Deutschen Bundestages vom Februar 1952 über die Befugnisse einer künftigen Deutschen Nationalversammlung auf den Standpunkt gestellt, auch Bundestagsbeschlüsse seien ja nicht unabänderlich. Selbstverständlich ist das richtig. Aber sie können nur geändert werden durch neue Beschlüsse des bestehenden Bundestages. Außerdem: Wenn man sich schon auf diesen Standpunkt stellt, dann wäre es notwendig gewesen, vor allem die zuständigen Gremien des neuen Bundestages, entsprechend dem ausdrücklichen Auftrag des Plenums, so schnell wie möglich mit dieser Materie zu befassen. Und das ist nicht geschehen, womit sich der Eindruck einer Art Überrumpelungsversuch der Öffentlichkeit ergibt.

Die Sozialdemokratische Partei ist im Gegensatz zu den hier wiedergegebenen und erläuterten, im übrigen auch im Lager der Koalition umstrittenen Auffassungen der Bundesregierung ganz anderer Ansicht: Der einzige sichere Weg zu einer möglichst baldigen Wiedervereinigung (soweit das vom deutschen Willen abhängt) ist die Bildung einer freigewählten gesamtdeutschen Regierung, welche gesetzgebende und exekutive, regierungsbildende und regierungskontrollierende Vollmachten hat. Die praktischen Befugnisse von Parlament und Regierung vor Verabschiedung der endgültigen Verfassung müßten in einem Überleitungsgesetz festgehalten werden, wie das auch 1919 bei der Schaffung der Weimarer Republik geschah. Selbstverständlich muß ein Überleitungsgesetz auch das Recht des Parlamentes und der Regierung zur Sicherung der demokratischen Grundrechte in allen Teilen Deutschlands einschließen. Wenn man eine Lösung vorschlägt, die die verlängerte Lebensdauer zweier provisorischer deutscher Staatsgebilde zur Folge haben muß, wird man den Verdacht heraufbeschwören, daß das Interesse an ihnen lebendiger ist als die Sehnsucht und der Wille, so schnell wie möglich zur Einheit zu kommen.

"Europa" überschattete Belgiens Innenpolitik

pt-Brüssel Ende Dezember

Im Mittelpunkt der belgischen Politik stand im Jahre 1953 der Kampf um den EVG-Vertrag. Vom Mai bis zum November zogen sich die Auseinandersetzungen über ihn hin. Sie ergriffen alle Parteien (und keine Partei konnte sich zu einer einhelligen Stellungnahme durchbringen) und sind noch nicht zuende. Der Senat hat die Annahme des Vertrages durch die Kammer noch nicht bestätigt - und es mehren sich nach den Bermudas und dem Konferenzangebot der Großmächte an Sowjetrußland die mahnenden Stimmen im Senat, nun erst den Großmächten und vor allem Frankreich den Vortritt zu lassen. Der Senatspräsident Struye, ein christlich sozialer Gegner des Vertrages mit einem stärkeren Rückgrat als es die Gefolgsmannschaften Adenauers aufweisen, läßt keinen Zweifel daran, daß zuerst die Anpassung der Verfassung an die "internationale Befehlsgewalt", die der Vertrag vorsieht, einwandfrei vorgenommen werden muß, ehe der Vertrag selbst an die Reihe kommt. Dazu bedarf es jedoch parlamentarischer Neuwahlen.

Stellten sich die Auseinandersetzungen über den EVG-Vertrag laut und heftig in den Vordergrund der Politik, so überschattete sie in Wirklichkeit die Frage der Neuwahlen. Im Jahre 1954 sind sowieso Parlamentswahlen fällig - ein sozialistischer Vorstoß, sie auf 1953 vorzuverlegen, scheiterte - aber die Christlich-sozialen mußten sich im Verlauf des Kampfes um den EVG-Vertrag verpflichten, sie schon im ersten Drittel des Jahres 1954 vorzunehmen. In diesem Wahlkampf, dessen erste Vorboten sich schon zeigen, geht es jedoch nicht um Vertrag oder Außenpolitik. Die harte und klare Frage an die Wählerschaft lautet, ob das seit dem Jahre 1950 bestehende christlich-soziale Regime mit seiner Ein-Partei-Herrschaft weiter am Ruder bleiben soll oder nicht. Die Frage ist umso heikler, als die Christlich-sozialen bei den Wahlen des jetzigen Parlaments am 4. Juni 1950 nur 47,8 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten. Zwar verwandelten die Tücken des Wahlgesetzes diese Wählerminderheit in eine Parlamentsmehrheit, aber sie beträgt nur vier Sitze. Es ist bezeichnend für die Hartnäckigkeit christlich-sozialer

Gruppierungen, daß man mit diesen vier Stimmen Mehrheit die Regierung fest in der Hand behält, obwohl man, um es den verschiedenen Interessengruppen innerhalb der Partei recht zu machen, viormal das Kabinett wechselte.

Die Kraft, die diese Viermann-Herrschaft am stärksten bedroht, ist die belgische sozialistische Partei. Mit 35,5 Prozent der abgegebenen Stimmen und 77 Abgeordneten (gegenüber 108 christlich-sozialen) führt sie logischerweise die Opposition. Die Liberalen, die in der jetzigen Kammer 20 Sitze innehaben, hoffen, das Zünglein an der Waage zu werden. Ob die Kommunisten mit ihren heute sieben Abgeordneten wieder in das Parlament zurückkehren werden, wissen sie selbst nicht. Es fragt auch niemand danach.

Sozialisten und Liberale können den Christlich-sozialen ein sehr langes Sündenregister vorhalten - aber leider ist dessen Hauptpunkt geeignet, gewisse Kreise aus reinem Selbstinteresse bei der christlich-sozialen Sache zu halten. Es handelt sich um das mit riesigen Staatszuschüssen geförderte katholische Ordensschulwesen, um die einseitige Bevorzugung christlich-katholischer Anhänger im öffentlichen Dienst, um die Begünstigung der "christlichen" Gewerkschaften und Krankenkassen. Schwerer treffen die sozialistischen Hiebe auf das Versagen der christlich-sozialen Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auf die "Vorleistung" der zweijährigen Militärdienstzeit, und Liberale und Christlich-soziale werden es gleicherweise schwer haben, vor den Wählern die sozialistische Ansicht zurückzuweisen, daß die belgische Wirtschafts- und Steuerpolitik den Reichen reicher, den Armen ärmer gemacht hat.

Die Schwäche der Sozialisten liegt darin, daß sie sich außenpolitisch nicht zu einer einheitlichen Linie finden konnten. Der Ehrgeiz einiger Persönlichkeiten, sich mehr als europäische "Führer", denn als belgische Politiker zu gebärden, verhinderte die außenpolitische Geschlossenheit. Ein Glück, daß bei der Christlich-sozialen und den Liberalen dasselbe der Fall ist... Wenn man die ersten Anzeichen des kommenden Wahlkampfes prüft, gewinnt man den Eindruck, daß er die eigentliche Landespolitik, die innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Vordergrund rücken wird. Mit Recht. Belgien ist 1953 mit Europa überfüttert worden, der Wähler will sichtlich von seinen Kandidaten im Jahre 1954 hören, was sie über Belgien denken, wie sie Belgien zu regieren gedenken. Wie man "Europa" zu regieren denkt, hat man 1953 zur Genüge hören müssen, in allen Schattierungen.

Zonenweihnacht unter verdunkeltem Sowjetstern

EZ - Berlin

Weihnachten 1953 in den Dörfern und Städten der Sowjetzone! Fast könnte man glauben, es sei der alte Weihnachtstern wieder am dunklen Dezemberhimmel aufgegangen. Im Vorjahre war er von staatswegen in Acht und Bann getan und durch den Sowjetstern verdrängt worden, und mit ihm auch der Weihnachtsmann und alle alten deutschen Weihnachtslieder, die als "Überbleibsel aus reaktionärer und kapitalistischer Zeit" in die Rumpelkammer geworfen worden waren. "Väterchen Frost", der 1952 aus der Sowjetunion importierte Ersatzweihnachtsmann, war in diesem Jahr im Zeichen des "neuen Kurses", man möchte fast sagen, mit Väterchen Stalin sanft entschlafen. Wenigstens wurden die Kinder jenseits der Elbe wieder in den Schulen noch in den staatlichen Kindergärten mit seinen dorbem, so wenig weihnachtlichen Spßen belästigt. Er hatte wieder dem deutschen Weihnachtsmann Platz machen müssen. Und damit er sich, aus dem Korcker der sedistischen Kulturdoctrin befreit, in altgewohnter Umgebung wiederfindet, hatte man die im Vorjahre noch verpönte Sitte wieder zugelassen, überall in den abendlichen Straßen Weihnachtsbäume aufleuchten und selbst in den Schulen jene Lieder singen zu lassen, ohne die eben Weihnachten kein deutsches Fest ist.

Während der Weihnachtszeit hat man den Sowjetstern diesmal mit einem Verdunkelungsvorhang umgeben. Nicht nur etwa allein als Errungenschaft des "neuen Kurses", sondern sicher auch im Hinblick auf den "patriotischen Appell an deutsche Gesinnung und die gemeinsame deutsche Kultur", der heute angesichts der bevorstehenden Berliner Viermächte-Konferenz zur verführerischen Tagesparole im Diktaturstaat der Sowjetzone geworden ist.

Auch das Wiederaufleuchten des Weihnachtsternes gehört zu jenen potemkinschen Dörfern, die heute allenthalben zur Vortäuschung eines Wandels in der Sowjetzone aufgebaut worden. Nicht weniger die Wiederaufnahme der Zahlung von Weihnachtsgratifikationen, die bisher von der kommunistischen Staatspartei als ein "seinem klassenbewußten und fortschrittlichen Menschen unwürdiges Almosen" verdammt worden waren. Die

Arbeiter der Zone freilich sehen in den wiederauferstandenen Weihnachtsgratifikationen keineswegs ein Geschenk ihres "volksdemokratischen Staates", sondern ein Zugeständnis, das die seit dem 17. Juni in den Kerkern schmach tenden Freiheitskämpfer erzwungen haben.

"Friede auf Erden, und allen Menschen ein Wohlgefallen"... diese Sinnggebung des Weihnachtsfestes wurde von den kommunistischen Organen in der Sowjetzone geradezu in ihr Gegenteil verkehrt. Die alte deutsche Sitte, Freunde und Verwandte, zumal wenn sie Not leiden, mit Geschenken zu erfreuen, wurde von der SED als "Köderversuch westlicher Agenten" angeprangert, nur weil die Pakete aus Westdeutschland in das Land hinter der Elbe gesandt wurden. Von der SED wurde offiziell der Versuch gemacht, teilweise sogar unter Androhung der Entlassung, und bei Parteimitgliedern sogar des Parteiausschlusses, die Empfänger westlicher Lebensmittelpakete zur sofortigen Rücksendung zu zwingen. In mehreren großen Sowjetzonenbetrieben kam es zu schweren Tumulten der Arbeiter, als die Betriebsparteiorganisation auf ihrer Forderung mit der Begründung bestand, in Westdeutschland herrsche Hunger und Elend, während in der "fortschrittlichen DDR" für das ganze Volk gesorgt werde.

Die neue Weihnachtsparole der SED hätte ohne entsprechende Weihnachtsangebote der staatlichen HO-Läden an Wirkung verloren. Da jedoch die meisten Massenverbrauchsgüter auch im "neuen Kurs" genau so knapp wie vorher sind, sah der Minister für Handel und Versorgung keinen anderen Ausweg, als mit einer Verordnung vom 15. Dezember den sofortigen Verkauf aller S- und U-Waren zu veranlassen. Es handelt sich dabei um die schwer- bzw. sogar unverkäuflichen Textilien und anderen Konsumgüter, die wegen ihrer miserablen Qualität die Riesonlager der HO füllen. Aber dieser raffinierte Trick hatte nur wenig Erfolg. Man sah dem sedistischen Weihnachtsmann hinter seine Biedermannsmaske.

Der verdunkelte Sowjetstern war in vielen Häusern der Zone stärker als das Weihnachtslicht, das die SED aus propagandistischen Gründen angezündet hatte. Gedanken an die noch in Kriegsgefangenschaft weilenden Väter und Söhne, an die Brüder, die nach dem 17. Juni in die SED-Kerker geworfen wurden, und an die Frage, ob man nach dem West überhaupt noch ein Dach über dem Kopfe haben werde. In zahlreichen Städten der Zone

wurden in den Vorweihnachtstagen Zwangsräumungen für die ersten Januar-tage angekündigt, weil sowjetische Offiziere und ihre Familien oder die Wismuth-Verwaltung neuen Raum brauchen. Tausende Familien verloren Weihnachten 1953 ihr Heim. Auch das ist Weihnachten unter dem verdunkelten Sowjetstern.

+ + +

Auf der Suche nach der politischen Karikatur

Unter diesem Motto hat der "Neue Vorwärts", das Zentralorgan der SPD in Bonn, in seiner Weihnachtsnummer ein Preisausschreiben veröffentlicht. Das Blatt stellt fest, daß zwar einige Zeitungen noch immer die politische Karikatur pflegen, daß sie aber dennoch in der sonst so bilderfreundigen Presse nicht allzu häufig sei. Mit dem Untergang jener speziellen Zeitschriften, "Simplizissimus", "Wahrer Jacob", "Kladderadatsch" usw. sei den Karikaturisten ein weites Tätigkeitsfeld und damit die Existenzgrundlage entzogen worden.

Es wäre ganz nützlich und interessant, schreibt die Zeitung weiter, einmal zu ergründen, ob es noch viele Zeichner gibt, denen das Feld der Politik ein interessantes Revier ist und ob es vielleicht Künstler gibt, die bisher mangels Beteiligungs-möglichkeiten nicht hervorgetreten sind.

"Der "Neue Vorwärts" hat drei Hauptpreise in Höhe von M 1000,-, M 500,- und M 300,- ausgesetzt, die Einreichungsfrist läuft bis zum 31. März 1954. Die Jury besteht aus Dr. Adolf Arndt, MdB, Bonn, Dr. Gerhard Gleissberg, Chefredakteur des "Neuen Vorwärts", Bonn, Professor Georg Meistermann, Köln und Friedrich Wendel, ehemals Chefredakteur des "Wahren Jacob", Kiel.

+ + +

Allen unseren Beziehern und Mitarbeitern

wünschen recht frohe Weihnachtsfeiertage und ein erfolgreiches und friedvolles Neues Jahr

Verlag und Redaktion

Verantwortlich: Peter Raunau